



## Friedenskoordination Potsdam

gegen Militarismus, Nationalismus, Rassismus und Krieg

# „Friedensfähig statt kriegstüchtig“ – Verhandeln statt Töten! Abrüsten jetzt!

Positionspapier zum 23. Potsdamer Ostermarsch am 23.03.2024

Der Krieg in der Ukraine kostet Hunderttausende Ukrainern und Russen das Leben. Acht Millionen Ukrainer sind bereits auf der Flucht. Der seit 2014 herrschende Konflikt in der Ukraine hat sich zum Abnutzungskrieg entwickelt, der die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen Russland und der NATO in sich birgt. Die finanziellen Lasten werden hauptsächlich von den USA und Deutschland getragen.

Im Nahen Osten droht der Krieg sich zu einem regionalen Flächenbrand ausweiten. Weder NATO, EU noch Deutschland lassen erkennen, dass sie durch Diplomatie zum Ende der Kriegshandlungen beitragen und an tragfähigen Friedenslösungen mitwirken wollen. Im Gegenteil: Internationale Initiativen zu Waffenstillstandsverhandlungen werden nicht unterstützt und immer mehr Waffen in Kriegsgebiete geliefert. Statt auf Friedensverhandlungen zu setzen orientiert sich die Bundesregierung darauf, Bundeswehr und Bevölkerung „kriegstüchtig“ zu machen. Es wird offen über nukleare Teilhabe gesprochen. Zudem wird in Großmanövern an Russlands Grenzen der Kriegsfall geübt. Die Entspannungspolitik der Vergangenheit wird zunehmend ignoriert und diffamiert.

Gleichzeitig erklärt die Bundesregierung, dass im Bundeshaushalt die Mittel für dringend erforderliche Investitionen in soziale Daseinsvorsorge, gerechte Renten und nachhaltigen Klimaschutz nicht vorhanden sind. Diese Politik gefährdet nicht nur die Sicherheit, den Wirtschaftsstandort, die Finanzen und damit den Sozialstaat, sondern auch den sozialen Frieden und die Demokratie in Deutschland!

Die Lehre des Zweiten Weltkriegs: „**Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!**“ wird zu „**Nie wieder allein!**“ (Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, 2022), das berühmte Zitat von Willy Brandt: „**Frieden ist nicht alles, aber ohne den Frieden ist alles nichts!**“ zu „**Ohne Sicherheit ist alles nichts!**“ (Bundeskanzler Olaf Scholz, 2024) aufgrund der sogenannten „**Zeitenwende**“ (Olaf Scholz, 2022) umgedeutet und umformuliert.

Eine friedliche und gerechte Weltordnung kann es mit dieser Prämisse nicht geben, wenn Russland und China als „Gegner“ der US-geführten NATO gesehen werden. Auf lange Sicht gelingt eine friedliche Welt nur gemeinsam mit Russland und China!

Bundesweit gehen derzeit viele Menschen für gerechte Löhne, eine bezahlbare Agrarpolitik, ökologische Nachhaltigkeit sowie gegen Fremdenhass und rechte Hetze auf die Straße – warum nicht auch für den Frieden?

Wer Politik verändern will, muss die Ursachen bekämpfen und sich nicht nur für eine Milderung der Auswirkungen engagieren. Kriege, Manöver und Hochrüstung sind hauptsächliche Ursachen für Tod, Flucht und Vertreibung, Hungerkrisen und die Zerstörung der Umwelt.

Daher unser **Appell** an alle politisch Verantwortlichen:

- **Verhandeln statt Töten:**
  - Stopp aller Kampfhandlungen in der Ukraine und in Nahost
  - Aufnahme diplomatischer Friedensverhandlungen
  - Erarbeitung eines für alle Seiten tragfähigen Friedensplans
- **Abrüsten statt Aufrüsten:**
  - Stopp sämtlicher Waffenlieferungen und Rüstungsexporte in Kriegsgebiete
  - Verzicht auf nukleare Teilhabe sowie auf den Besitz von Erstschlagswaffen
  - Abzug aller Atomwaffen aus Europa und sofortige Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags
- **Koexistenz statt Konfrontation:**
  - Stopp aller NATO-Manöver an den Grenzen zu Russland
  - Abschaffung der gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen
  - Förderung internationaler Zusammenarbeit, auch mit Russland und China
- **Friedensfähig statt kriegstüchtig:**
  - Keine deutsche Kriegsertüchtigung durch Erneuerung der Wehrpflicht
  - Sofortiger Stopp der milliardenschweren Ausgaben für Rüstung und Militär
  - Förderung und Unterstützung friedenspolitischer Arbeit
- **Progressiv statt aggressiv:**
  - Investitionen in Bildung, Soziales, Gesundheit, Pflege und Infrastruktur
  - Faire Löhne und Renten für eine gerechte Zukunft
  - Mehr Ausgaben für eine nachhaltige Agrar-, Klima- und Umweltpolitik

**Lasst uns gemeinsam friedensfähig werden!**